

# Anfrage

gemäß § 16 I GO der STAVO

	<p>Datum: 01.06.2012</p> <p>Antragstellerin: <b>FDP-Fraktion</b></p> <p>Verfasser/in: <i>Dr. Rüdiger Werner</i> <i>Tobias Kruger</i></p>				
<b>Anfrage der FDP Fraktion: „Kinderrechte“</b>					
<p>Beratungsfolge:</p> <table><thead><tr><th><u>Datum</u></th><th><u>Gremium</u></th></tr></thead><tbody><tr><td>25.06.2012</td><td>Stadtverordnetenversammlung</td></tr></tbody></table>		<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>	25.06.2012	Stadtverordnetenversammlung
<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>				
25.06.2012	Stadtverordnetenversammlung				

## **Sachverhalt:**

Gemäß HGO ist es die Aufgabe der Stadt, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen. Die Stadt Rödermark und die Stadtverordneten sind sich darüber einig, dass bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in einer dafür angemessenen Form und Weise zu beteiligen. Aktuell wird das Thema Kinderrechte aktiv in einigen Nebengremien vorgestellt und diskutiert. In einem einstimmigen Stavo-Beschluss vom 30. September 2008 wurde der Magistrat daher aufgefordert, bis Ende des 1. Quartals 2009 geeignete Formen und Verfahren sowie Vorschläge zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und vorzustellen. Dazu liegt bis dato noch kein Bericht vor; eine entsprechende Vorstellung gab es ebenfalls nicht.

## **Die FDP Fraktion fragt daher gemäß § 16 I GO der STAVO, i.S.d. § 50 II HGO, an:**

- 1) Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern und bei gewissen Fragestellungen zu garantieren?
- 2) Beteiligungsprojekte von Kindern und Jugendlichen ergeben mangels allgemeinem Interesse oftmals nur ein individuelles und kein repräsentatives Meinungsbild. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, möglichst repräsentative Meinungsbilder dieser Altersgruppe zu bekommen?
- 3) Der einzige Ort, eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen zu erreichen ist die Schule. Gibt es in der Verwaltung bereits konkrete Konzepte, wie die Zusammenarbeit mit den Schulen bei Beteiligungsprojekten sowie bei der Umsetzung von Kinderrechten im Detail ablaufen könnte?